

G 4511 E

# libertal

Heft 4      19. Jahrgang      April 1977  
Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung

ROLF SCHROERS

## Soll und Haben

WOLFGANG WESSELS

## Die Direktwahl – Wiederbelebung der europäischen Einigungspolitik?

ROLF BREITENSTEIN

## Atomkraft, Arbeitsplätze und immer diese Angst...

MICHAEL KLEFF / UWE RONNEBURGER

## 30 Jahre Deutsche Jungdemokraten

# Das südafrikanische Krisen-Szenario

Klaus von der Ropp

## *Das veränderte Umfeld Südafrikas*

### *Domino*

Spätestens der Krieg in und um die Volksrepublik Angola zur Jahreswende 1975/76 hat verdeutlicht, daß das südliche Afrika vielleicht schon in absehbarer Zeit den Nahen Osten als gefährlichsten Krisenherd der Erde ablösen wird. Denn in jedem der hier gelegenen größeren Staaten und abhängigen Territorien, das sind die VR Angola, die VR Mozambique, die Republik Rhodesien, das Mandatsgebiet Südwestafrrika/Namibia sowie die, zumindest unter Zugrundelegung afrikanischer Maßstäbe, hochindustrialisierte Republik Südafrika, kann ein die Grenzen überschreitender Konflikt ausgelöst werden, der nur zu leicht auch die Interessen außerafrikanischer Mächte berühren würde.

### *Bevölkerungsstruktur*

Kern aller nicht-militärischen und bewaffneten Auseinandersetzungen wird die Republik Südafrika sein, ein Land, dem ob seiner strategischen Lage und seines ungeheuren Rohstoffreichtums im internationalen System eine hervorragende Bedeutung zukommt <sup>1)</sup>. Seine weißafrikanische Regierung erwies sich schon früher und erweist sich heute zunehmend als unfähig, jene Probleme zu lösen, die sich aus der einzigartig heterogenen Zusammensetzung seiner Bevölkerung ergeben; die Unruhen in der zweiten Hälfte des Jahres 1976, so ist zu befürchten, waren daher nur der Beginn langwieriger blutiger Konflikte. In Südafrika lebten Mitte 1976 18,6 Mio. Schwarzafrikaner (gut 70 v. H. der Gesamtbevölkerung), 4,3 Mio. Weißafrikaner

1) Schon die in der BR Deutschland erschienene Literatur zu den Problemen Südafrikas ist kaum noch zu überschauen; sehr viele Arbeiten sind, sei es von rechts, sei es von links, ideologisch verbrämt. Hingegen sachlich und vorzüglich informierend: Th. Hanf, R. Hampel, B. Krupp, G. Vierdag, H. Weiland »Südafrika: Chancen für friedlichen Wandel? Handlungsspielräume für den Abbau des internen Kolonialismus. Eine empirische Studie« (Arbeitstitel). Zur Veröffentlichung vorgesehen im Piper-Verlag, Frühjahr 1978. S. im Hinblick darauf Theodor Hanf »Reformbereitschaft bei weißen Südafrikanern wächst« in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Oktober 1976, S. 11.

S. weiter Wolfgang Ulbrich »Bergbauliche Ressourcen im südlichen Afrika«, Hrsg.: Institut für Afrika-Kunde, Hamburg, 1976.

(17 v. H.), 2,4 Mio. gemischtrassiger Afrikaner (Nachkommen der Khoisan mit starkem euro-malaiischem Anteil, ca. 10 v. H.) und 0,75 Mio. indienstämmiger Afrikaner (knapp 3 v. H.). Trotz aller Differenzierungen, die innerhalb der beiden zuerst genannten Gruppen zu machen sind, läßt sich feststellen, daß es heute und in absehbarer Zukunft in Südafrika nur zwei wirklich relevante machtpolitische Faktoren gibt: Afrikaner Nationalism oder Afrikanerdom (d. i. die »volksbeweging« der Buren) und African Nationalism (der Nationalismus der schwarzen Südafrikaner). *Beide verbindet nichts und trennt alles!* Alle anderen Gruppen und Gruppierungen, incl. der Großindustrie, sind letztlich bloße Randerscheinungen. So stützt sich die weiße Regierung des Landes denn auch auf eine unangefochtene und vielleicht unanfechtbare Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament zu Kapstadt.

Das Bild der »befreiten« portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique gleicht in einem Punkt auf fatale Weise dem der Länder des heutigen Indochinas: der in die Außenwelt gelangende Nachriesenfluß ist zu einem schmalen Rinnsal geworden, was den Schluß nahelegt, daß die neuen Machthaber etliches zu verbergen haben. Nach dem wenigen, was bekannt wurde, ist vor allem festzustellen, daß Angola, aber auch Mozambique, Gefahr laufen, den Status konjunktureller Abhängigkeit von der UdSSR gegen den strukturellen Dependenz einzutauschen. Die Sowjets, in Angola mit Hilfe ihres auch hier allerdings durchaus eigenwilligen Verbündeten Kuba, sind nach dem Rückzug Portugals (um jeden von den Bewohnern seiner Kolonien zu zahlenden Preis) in ein Machtvakuum vorgestoßen. Als alternative »Schutzmacht« bot sich allem Anschein nach nur Südafrika an, eine Option, die militärisch durchaus bestand<sup>2)</sup>, politisch jedoch unter gar keinen Umständen zu realisieren war. Der Zusammenbruch großer Teile der Volkswirtschaften beider Länder sowie der Fortgang des auch aus Nachbarländern unterstützten bewaffneten Widerstandes der »Befreiungsbewegungen« UNITA, FNLA und FLEC gegen die Regierung in Luanda sowie bislang kaum zu definierender Gruppen gegen die Verantwortlichen in Maputo (*ex-Lourenço Marques*) werden die Geschehnisse in diesen Ländern wohl auf längere Zeit prägen.

*Neue Mächte*

Nach dem zumindest vorläufigen Scheitern der Genfer Rhodesien-Konferenz ist die Beilegung des inzwischen fast ein Jahrzwölft währenden Konfliktes um das ehemalige britische Protektorat Süd-

*Nachbarn*

2) S. dazu die offiziellen Angaben des südafrikanischen Verteidigungsministeriums zur Rolle der südafrikanischen Streitkräfte im Angola-Krieg in Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 4. Februar 1977, S. 6 »*They swept all before them/South Africa's lightning war in Angola*«.

rhodesien abermals in weite Ferne gerückt. Und trotz aller in Süd- und Südwestafrika/Namibia zu Recht viel gepriesenen Fortschritte der in der Turnhalle zu Windhoek tagenden südwestafrikanischen/namibianischen Verfassungskonferenz ist auch die Entwicklung des Mandatsgebietes mit großer Skepsis zu verfolgen. Denn zu sehr drängt sich die Frage auf, ob die bislang alleinverantwortlichen weißen Afrikaner hier nicht zu wenig zu spät anbieten.

### *Die Position der Republik Südafrika in Afrika*

#### *Isolierung*

Über Jahre hat sich Pretoria nicht nur um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu schwarzafrikanischen Ländern nicht bemüht, sondern dies in Einzelfällen aus ideologischen Gründen sogar ausdrücklich abgelehnt<sup>3)</sup>. Heute wäre der Austausch von Botschaftern und selbst Konsuln zwischen Südafrika und dem einen oder anderen schwarzafrikanischen Staat ein Triumph für die Diplomatie Pretorias. Aber bislang unterhält Südafrika einzig mit Malawi volle diplomatische Beziehungen. Die auch hier auf Abhilfe gerichtete »Dialog-Politik« u. a. der Elfenbeinküste (ab 1971) und die 1975 vor allem von Zambia und Botswana initiierte Entspannungspolitik scheiterten kläglich an der Weigerung Pretorias, seine unhaltbare Rassenpolitik zu liberalisieren. Andererseits haben aber auch diese schwarzafrikanischen Initiativen zu einem Anwachsen der ohnehin in vielen Fällen engen Wirtschaftskontakte Pretorias zu Ländern Schwarzafrikas geführt. Botswana, Lesotho, Swaziland, Malawi, Rhodesien, Südwestafrika/Namibia, Mozambique und Zambia gehören seit langem zum Einzugsbereich der südafrikanischen Wirtschaft; die drei erstgenannten Länder und Südwestafrika bilden mit Südafrika sogar eine Währungs-, Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft<sup>4)</sup>. Vor allem südafrikanische Nahrungsmittel und Bergbauausrüstungen gelangen jedoch auch in viele der weiter nördlich gelegenen Länder Afrikas, darunter auch solche »progressiver« Ausrichtung.

#### *OAU*

Die herausragende Rolle in dem mit allen Mitteln geführten Kampf um die weitere Isolierung Südafrikas in der afrikanischen und übrigen

3) So berichtete die Financial Mail (London) vom 4. Dezember 1970, S. 9, der frühere südafrikanische Ministerpräsident Hendrik Verwoerd habe 1964 das Angebot K. Kaundas/Zambia zum Austausch von Botschaftern mit der Begründung zurückgewiesen, ein schwarzer Botschafter sei »a viper at South Africa's bosom«.

4) S. dazu A. M. R. Ramolefe und A. J. G. M. Sanders »The structural pattern of African regionalism / The South African Customs and Monetary Union« in The Comparative and International Law Journal of Southern Africa (Pretoria), vol. 6, Nr. 1 (1973.3), S. 82–105; s. Klaus Frhr. von der Ropp »Die Wirtschaftsgemeinschaft im Süden Afrikas« in AUSSEN-POLITIK (Stuttgart), vol. 22, Nr. 10 (1971.10), S. 623–632.

Außenwelt spielt die 1963 gegründete Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Es erscheint nach wie vor nicht übertrieben festzustellen, daß die OAU mehr oder weniger von der Beschäftigung mit Versuchen, die weißafrikanischen Minderheitsregierungen Australafrikas zu stürzen, lebt<sup>5)</sup>. Die OAU sieht sich und alle hier mit ihr, aus welchen Gründen auch immer, zusammenarbeitenden Staaten und »progressiven« Organisationen als völkerrechtlich berechtigt und verpflichtet an, diese Regierungen mit allen denkbaren Mitteln zu bekämpfen. Es wird im Westen vielleicht häufig nicht genügend beachtet, daß hier auch dem *bellum justum* das Wort geredet wird<sup>6)</sup>. Welche Stimmen heute innerhalb der OAU zu vernehmen sind, erhellt eindringlich das von der »Befreiungsbewegung« *Pan Africanist Congress of Azania/SA* (PAC) für die OAU gefertigte Gutachten zum völkerrechtlichen Status der Republik Südafrika<sup>7)</sup>. Denn darin heißt es u. a., Azania (Südafrika) sei kein unabhängiger Staat, sondern »ein halb-koloniales Land, das im Eigentum des imperialistischen Konsortiums seiner Investoren und Handelspartner steht«. Es sollte nicht überraschen, wenn die OAU (zunächst ihr in Dar-es-Salaam ansässiges »Befreiungskomitee«) und in ihrem Gefolge die Vollversammlung der VN (zunächst deren »Komitee der 24« und deren »Sonderausschuß gegen Apartheid«) sich diese Auffassung schon in absehbarer Zeit zu eigen machen würden. Daß die westlichen Länder dem unter gar keinen Umständen folgen können, sollte sich von selbst verstehen.

---

5) Zur Stellung der OAU im Internationalen System s. u. a. Klaus Frhr. von der Ropp »Die OAU am Vorabend der zweiten Dekade ihres Bestehens«, in Internationales Afrika-Forum (IAF), München, Vol. 9, Nr. 4 (1973.4), S. 204–214, ders. »Perspektiven der künftigen Rolle der Organisation für Afrikanische Einheit«, in IAF, vol. 9, Nr. 6 (1973.6), S. 361–368, sowie ders. »Die OAU im internationalen System der mittsiebziger Jahre«, in IAF, vol. 11, Nr. 9/10 (1975.9), S. 510–518. – Vgl. auch Emmanuel M. Dube »Relations between Liberation Movements and the OAU« in N. N. Shamyarira (Hrsg.): »Essays on the Liberation of Southern Africa«, Dar-es-Salaam. 1971, S. 25–68.

6) Dazu sehr klar und umfassend John Dugard »The Organization of African Unity: an inquiry into the plea of self-defence as a justification for the use of force in the eradication of colonialism« in International and Comparative Law Quarterly, vol. 16 (1967), S. 157–190.

7) Diese Studie trägt den Titel »P. A. C. Case against the Racist South Africa's Legal International Status of Independent Sovereign State«. Sie wurde m. W. bislang nur als hektographiertes Manuskript (19 Seiten) für die 12. OAU-Gipfelkonferenz (Kampala/1975) veröffentlicht. Es hat den Anschein, als vertrete die zweite von der OAU anerkannte »Befreiungsbewegung« Südafrikas, der African National Congress (ANC), heute dieselbe Auffassung.

Welch hervorragende Erfolge diese 48 afrikanischen Staaten und die OAU in ihrem Bemühen um den Einsatz der VN als eines aktiven Mitstreiters beim Sturz der südafrikanischen Minderheitsregierung zu verzeichnen haben, zeigt deutlich u. a. die Verabschiedung des »*Internationalen Übereinkommens über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid*« durch die 29. VN-Vollversammlung. Für die Annahme dieser Konvention sprachen sich nämlich seinerzeit 91 Staaten aus, 26 Länder (darunter die BR Deutschland und die meisten ihrer Verbündeten) enthielten sich der Stimme; nur Portugal, die USA, das Vereinigte Königreich und das seinerzeit noch nicht faktisch aus der VN ausgeschlossene Südafrika votierten negativ.

### *Wahlrecht*

Die OAU fordert, im Einklang mit den Vorstellungen zumindest der weitaus meisten ihrer 48 Mitgliedstaaten, die Umgestaltung Südafrikas zu einem demokratischen Staat, dessen politische Basis das Prinzip »*one man one vote*« ist. Daß viele der schwarzafrikanischen Staaten sich in der totalen Mißachtung eben dieser elementaren Menschen- und Bürgerrechte von wenigen anderen Ländern übertreffen lassen, wird von vielen Kritikern des südafrikanischen Rechtssystems ebenso großzügig wie häufig übersehen.

Pretoria sieht in den Forderungen der OAU mit Fug und Recht die an die weiß- und braunafrikanischen Minderheiten (zusammen ca. 7,4 Mio. Menschen) gerichtete Aufforderung zur Selbstliquidierung. Anders als die OAU, sehr viele ihrer Mitgliedstaaten und die beiden von ihr anerkannten südafrikanischen »Befreiungsbewegungen«, die sich hier aus taktischen Gründen größter Zurückhaltung befleißigen, hat der frühere Vorsitzende des *Soweto Students' Representative Council*, Tsietsi Mashinini, der während der jüngsten Unruhen in Soweto eine Schlüsselrolle spielte, dies in einem Interview mit der liberalen *Rand Daily Mail* mit sehr klaren Worten bestätigt, als er ausführte »*Ich glaube an das Schwarze Afrika. Der weiße Mann weiß in seinem Innersten ganz genau, daß es keine Afrikaner mit langem Haar und weißer Haut gibt.*«<sup>8)</sup> Daher sei schon hier festgestellt, daß die westlichen und afrikanischen Gesprächspartner in einem kritischen Dialog mit Pretoria absolut nichts erreichen werden, wenn sie sich nicht mit der gleichen Vehemenz, mit der sie die Apartheid bekämpfen, zum machtpolitisch abgesicherten Existenzrecht der weißen (und braunen) Afrikaner in Südafrika bekennen.

### *Apartheid – eine Politik der inneren Dekolonisierung?*

### *Neue Staaten*

Die Antwort Pretorias auf die Forderungen der schwarzen Bürger des Landes (ca. 70 v. H. der Gesamtbevölkerung) wie auch der

8) *Rand Daily Mail* (Johannesburg) vom 18. Januar 1977, S. 1.



## Von der Kunst des Genießens

Die Kunst des Genießens liegt in der Fähigkeit zum Verzicht. In der klugen Einsicht nämlich, daß jedes Übermaß von Übel ist, die Sinne abstumpft — und so die Freude an den schönen Dingen des Lebens schmälert.

Der Volksmund sagt es, wie es treffender nicht geht: aufhören, wenn's am besten schmeckt — und meint von Speis und Trank wohl ganz besonders letzteres. Bedarf es doch einer feinen Zunge und wacher Sinne, einen edlen Tropfen von geringeren zu unterscheiden.

Ja, und darum raten wir den Freunden unseres Asbach Uralt — immer wieder schon seit vielen Jahrzehnten — nur ein bis zwei Gläschen dieses großen Weinbrandes zu genießen, und zwar gemächlich Schluck für Schluck. Wie anders könnte man denn sonst sein sanftes Feuer, seine volle Blume und seinen unvergleichlich weinigen Geschmack erkennen und sich daran erfreuen...?

**Die Weinbrennerei Asbach & Co.**

in Rüdeshheim am Rhein



Außenwelt ist das Festhalten an seiner Politik der Apartheid oder, wie es heute beschönigend heißt, der Getrennten Entwicklung oder Pluralen Demokratie.

Deren Grundgedanke ist, daß die »traditionellen Siedlungsgebiete« (Bantustans oder Heimatländer) als zehn (Zwerg-) Staaten aus dem südafrikanischen Hoheitsgebiet administrativ und politisch auszugliedern und, Ausdruck einer Politik innerer Dekolonisierung, in die Unabhängigkeit zu entlassen sind.<sup>9)</sup> Dies Konzept ist ausschließlich das der weißen Afrikaner; die schwarzen (und braunen) Bürger sind bei seiner Konzipierung und im Grunde auch bei seiner Implementierung nie zu Rate gezogen worden. Hier hat eindeutig eine Seite der anderen ihre Vorstellungen diktiert und überwacht ihre Einhaltung mit einem ebenso unerbittlichen wie repressiven Machtapparat. Ein entsprechend desolates Bild bieten die Heimatländer: zusammen erstrecken sie sich über 13 v. H. der Gesamtfläche Südafrikas; sie sind, selbst jedes für sich, territorial hoffnungslos zerrissen (Modell Steinstücklen); sie sind relativ überbevölkert und verfügen über nicht unerhebliches landwirtschaftliches aber kaum industrielles Potential; sie erwirtschaften zusammen (!) knapp 1 v. H. des südafrikanischen Bruttosozialprodukt. M. a. W. die Heimatländer, ob abhängig oder unabhängig, haben wenig mehr als die Funktion von »*cheap labour reservoirs*« für das hochindustrialisierte weiße Südafrika. Dort halten sich denn auch mehr als 50 v. H., und ein erheblich höherer Prozentsatz der schwarzen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, der schwarzafrikanischen Gesamtbevölkerung des Landes auf. D. h. unter anderem, daß sie, anders allerdings als weiße Ausländer, Tag für Tag mit dem System der sogenannten »*petty apartheid*« einem ausgeklügelten und schändlichen System der allgegenwärtigen und permanenten Diskriminierung ausgesetzt sind.

*Beispiel  
Transkei*

Als erstes dieser Heimatländer wurde im Oktober 1976 die Transkei in die Unabhängigkeit entlassen. Trotz der im Vergleich mit den übrigen Heimatländern relativ sehr günstigen Gegebenheiten<sup>10)</sup> hat, naturgemäß mit Ausnahme Pretorias, kein Staat die Transkei diplomatisch anerkannt. Einen weiteren Erfolg erstritt die OAU mit

9) In bezug auf die gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner wird die Politik der »Parallelen Entwicklung« verfolgt, s. dazu Klaus Frhr. von der Ropp »*Republik Südafrika: Die politische Stellung der Coloureds im System der Parallelen Entwicklung*« und »*Republik Südafrika: Die politische Stellung der Inder im System der Parallelen Entwicklung*« in IAF, vol. 8, Nr. 9/10 bzw. 11/12 (1972.9/10 bzw. 11/12), S. 552–558 bzw. 660–666. Ferner jüngst S. T. van der Horst »*The Theron Commission Report / A Summary*«, Johannesburg, 1976.

10) S. aber John Kane-Berman »*The Transkei / Little more than a Labour Reservoir*« in pro veritate (Braamfontein) 1976. Oktober, S. 3–5.



der Entschließung der VN-Vollversammlung A/31/6 vom 26. Oktober 1976, in der die Entlassung der Transkei in die Unabhängigkeit, bei Stimmenthaltung der USA, einstimmig für ungültig erklärt wurde. Gleichwohl soll Ende 1977 mit BophuTatswana ein zweites Heimatland unabhängig werden. Dessen Territorium, das sei beiläufig vermerkt, ist zu 6,5 v. H. ackerbaulich nutzbar, allerdings reich an hochwertigen Bodenschätzen. Es besteht aus sechs voneinander getrennten Gebieten (Modell Steinstückchen) von zusammen ca. 40 000 km<sup>2</sup>. Diese verteilen sich, auf deutsche Verhältnisse bezogen, auf einen Raum mit den Begrenzungen Emden – Bochum – Stuttgart – Frankfurt/Oder – Emden! Kaum mehr als ein Drittel aller südafrikanischen Tswanas leben in ihrem Heimatland, die anderen müssen sich, wirtschaftlicher Not gehorchend, im weißen Südafrika verdingen.

Daß sich die Frage der diplomatischen Anerkennung eines jeden noch so lebensfähigen, geographisch noch so zerrissenen Heimatlandes neu stellen und von der OAU anders beantwortet werden würde, sollte es PAC oder ANC gelingen, hier nach einem Umsturz die Macht an sich zu reißen, liegt auf der Hand. Denn dann würde das schwarze Afrika das betreffende Heimatland auf der Stelle zu einem »befreiten Gebiet« erklären, um von dort aus seinen »Befreiungskampf« gegen Pretoria zu intensivieren.

Die schwarzen Südafrikaner haben sich nie mit der von den Weißen ihnen aufoktroyierten Ordnung abgefunden. Viele, so u. a. die verbotenen »Befreiungsbewegungen« ANC und PAC, begegnen ihr in totaler Opposition, andere, oft einer älteren Generation angehörend, wie der immer noch überragende Gatsha Buthelezi, nutzen die ihnen von Pretoria zugestandenen Positionen, um Pretorias Rassenpolitik bedingungslos zu verurteilen. Einige wie etwa Kaiser Mantanzima/Transkei und Lucas Mangope/BophuTatswana sind, in Grenzen, aus sehr unterschiedlichen Erwägungen bereit zur Kollaboration; sie werden scheitern. Wenn im Zusammenhang mit den Unruhen der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres überhaupt irgendetwas überraschte, dann der Umstand, daß sie sich nicht viel früher ereigneten. Diese Geschehnisse können sich jederzeit wiederholen und sie werden sich wiederholen. Es liegt auf der Hand, daß die Gefahr permanenter Unruhen der hochentwickelten Wirtschaft des Landes aufs Schwerste schadet; so ist etwa die Bereitschaft nicht nur ausländischer Investoren sondern selbst ausländischer Kreditgeber, sich finanziell in Südafrika zu engagieren, drastisch zurückgegangen. Die Folge ist die möglicherweise schwerste Krise der südafrikanischen Wirtschaft; insbesondere hat die Arbeitslosigkeit unter schwarzen, und in Grenzen auch gemischtrassigen, Südafrikanern ein gefährliches Ausmaß erreicht, ohne daß für die absehbare Zukunft hier auf eine Besserung gehofft werden kann. Die Antwort der Regierung in Pre-

*Bürgerkrieg*

toria auf all dies ist bekannt: sie besteht kaum in mehr als in einer sprachlichen Feinheit, sie spricht nicht mehr von »Apartheid« sondern von »Pluraler Demokratie«. Die Verantwortlichen in Pretoria setzen allem besseren Wissen u. a. eines Ministers P. G. Koornhof und des designierten, ebenso liberalen Außenministers R. F. Botha zum Trotz statt auf Ausgleich auf »kragdadigheid«.

#### *Prämissen eines innersüdafrikanischen Ausgleichs*

*Machtfaktoren* Wer – und die westliche Welt, hier insbesondere die EG, wird dies um buchstäblich jeden Preis zu tun haben – trotz allem in einer zunehmend desparat erscheinenden Situation nach einem Ausweg sucht, wird u. a. die folgenden Punkte zu berücksichtigen haben: Entgegen einer im Ausland weit verbreiteten Auffassung ist die nur von englischsprachigen Weißafrikanern und Ausländern beherrschte Großindustrie kein ausschlaggebender Faktor im Ringen um die Neugestaltung der sozio-ökonomischen und politischen Machtstruktur Südafrikas. Das gilt erst recht für die beiden weißen Oppositionsparteien, d. s. die konservative *United Party* (im Grunde ohne Programm) und die der Großindustrie nahestehende, liberale *Progressive Reform Party* (Programm einer graduellen Integration durch qualifiziertes Wahlrecht etc.). Ihre nahezu ausschließlich englischsprachigen weißafrikanischen Wähler werden sich zudem in Zeiten der Not zunehmend der Regierungspartei, der *Nasionale Party* von Johannes Balthazar Vorster, der Verkörperung des Afrikanerdoms, zuwenden. Die Masse der indienstämmigen und gemischtrassigen Bürger werden sich im Augenblick einer Zuspitzung der südafrikanischen Konflikte den weißen Afrikanern als dem für sie geringeren Übel zugehellen.<sup>11)</sup>

Die wohl bevorstehende große Auseinandersetzung wird demnach nur vom afrikanischen (= schwarzen) Nationalismus und dem (weißen) Afrikanerdom geführt und unter ihnen entschieden werden. Militärisch ist der schwarze Nationalismus bislang kein relevanter Faktor. Das wird sich aufgrund der weiteren Unterstützung, die er von Seiten des schwarzen Afrikas, großen Teilen der übrigen Dritten Welt, der VR China, Osteuropas und der UdSSR erhalten wird, vielleicht schon in absehbarer Zeit ändern. Es ist bekannt, daß nach den Unruhen vom letzten Sommer eine große Zahl junger schwarzer Südafrikaner illegal nach Botswana und Swasiland gegangen ist, um von dort in Drittländer auszureisen, in denen sie eine militärische Ausbildung bekommen werden. Ökonomisch hat der schwarze Nationalismus Südafrikas bereits heute die Macht, das Land ins Chaos zu stürzen.

---

11) S. die an Anmerkung 9) angeführten Arbeiten.

Afrikanerdom hat keine wirklichen Verbündeten außerhalb der Landesgrenzen, sieht man einmal davon ab, daß die passive Hin- nahme der physischen Liquidierung der weißen Afrikaner wohl für die meisten westlichen Staaten innenpolitisch erhebliche Probleme aufwerfen würde; letzteres gilt ganz gewiß für die BR Deutschland. Die weißen Afrikaner sind nach wie vor politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt militärisch mit Abstand der wichtigste Machtfaktor im Lande; sie verkörpern den Machtkern. In ihrer absoluten Entschlossenheit, ihre Identität als afrikanische Nation zu bewahren, sind die weißen Afrikaner wohl nur mit dem Festhalten der Israelis an dem jüdischen Staat zu vergleichen. Afrikanerdom verfügt auch militärisch über Chaosmacht und wird im Fall der Bedrohung seiner Existenz alle ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel, gegebenenfalls incl. nuklearer Waffen, rücksichtslos einsetzen. Vor die Alternative Bewahrung der hochentwickelten Wirtschaft oder Bewahrung der Identität gestellt, werden sich die weißen Afrikaner für das letztere entscheiden.

Seit Jahrhunderten wird die südafrikanische Szene durch eine rigoro- se Trennung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gekennzeich- net. Das gilt für den Bereich der Politik, des kulturellen Lebens, weit- gehend immer noch des Sports, alle anderen Bereiche des gesell- schaftlichen Lebens und sehr weitgehend auch für das kirchliche Le- ben. Ein partnerschaftliches Zusammenarbeiten fehlt selbst in der Wirtschaft: denn Integration bedeutet hier kaum mehr als Zusam- menarbeit zu den Bedingungen eines Herr-Knecht-Verhältnisses; nur eine sehr oberflächliche Betrachtungsweise wird allerdings übersehen, daß gerade hier noch ganz andere Faktoren, nicht zuletzt ein enormes, nicht von den Weißen geschaffenes Entwicklungsgefälle, im Spiel sind. M. a. W. den weißen/braunen Afrikanern einerseits und den schwarzen Bürgern des Landes andererseits fehlt es an jenem ge- meinsamen Nenner, an jenen allgemeinverbindlichen »Spielregeln«, ohne deren Existenz ein gemeinsames Staatswesen (incl. eines extrem dezentralisierten Bundesstaates) herkömmlicher Art schlicht funk- tionsunfähig ist. In besonders schmerzhafter Weise hat, bis zum Ver- bot durch die Behörden in Pretoria, übrigens die Südafrikanische KP diese Erfahrung machen müssen. Und diese Kluft wird ständig brei- ter und tiefer. Ein Grund dieser Entwicklung liegt darin, daß sich die schwarzen Südafrikaner, wie die Bürger wohl aller nördlich gelege- nen afrikanischen Länder, immer stärker auf ihr eigenes kulturelles Erbe besinnen. Überall ist heute die Emanzipation von westlichen (incl. weißsüdafrikanischen) Wertvorstellungen spürbar, mag dies »*Black consciousness*« oder Streben nach »*authenticité noire*« ge- nannt werden. Ausdruck dieses Emanzipationsstrebens ist vor allem das Suchen nach einer spezifisch schwarzafrikanischen Ausdrucksform

der Demokratie nach Art der Vorstellungen von Julius K. Nyerere und Gatsha Buthelezi (»Ein-Parteien-Demokratie«) und Kenneth Kaunda »*One-Party-Participatory-Democracy*«. <sup>12)</sup> Die weißen (und braunen) Afrikaner hingegen halten trotz des unbestreitbar autoritären Führungsstils des Afrikanerdoms an den pluralistischen, stark westlich geprägten Strukturen ihres Staates fest; die zweifelsfrei vorhandenen Abstriche sind nicht ideologisch motiviert, sondern Ausdruck der Furcht vor der bloßen Zahl der schwarzen Mitbürger.

Aus alledem sollte eines gefolgert werden: die bloße Tolerierung des *status quo*, von seiner Unterstützung ganz zu schweigen, durch die westliche Welt führt zwingend zur großen Katastrophe. Dasselbe gilt, sollte der Westen in der Tat die von Pretoria nicht zu erfüllenden Forderungen der »Befreiungsbewegungen«, der OAU/VN sowie der hier kooperierenden Staaten nach »*one man one vote*« in einem Staat unterstützen. Wo kann nach alledem ein Ausweg liegen? Ihn zu finden und zu promovieren wird die westliche Welt alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen haben. Das wird möglicherweise dann erheblich einfacher sein, sollte, was immerhin im Bereich des Möglichen liegt, das (weiße) Militär für einen begrenzten Zeitraum die Macht in Südafrika übernehmen.

#### *Integration – Teilung – sharing of power – Teilung?*

#### *Auswege?*

Alle Geschlossenheit des »*laagers*« hindert nicht, daß innerhalb der *Nasionale Party* und des übrigen Afrikanerdoms heute mit großer Offenheit nach einem Ausweg aus dem südafrikanischen Dilemma gesucht wird; von alledem dringt allerdings nur sehr wenig an die Öffentlichkeit. Veröffentlichungen, die hier zu zitieren wären, gibt es praktisch nicht. Nichts von alledem hat allerdings bislang Einzug in die Politik der Regierung Vorster gehalten, jene Regierung, die in einer Zeit, die eine radikale Liberalisierung der Rassenpolitik fordert, nicht einmal zu einer Politik der kleinen Schritte bereit ist. Vielleicht bedarf es hier, um Änderungen zu bewirken, erst des Beginns der großen Katastrophe! Als dornigstes Problem erweist sich in allen Diskussionen die Frage nach der machtpolitischen Absicherung der Rechte der drei Minderheiten. Im wesentlichen haben sich hier drei

---

12) Besonders kennzeichnend ist der der Zeitung Togo-Presse (Lomé) vom 19. November 1973, S. 6 entnommene Satz ». . . *l'affirmation de sa propre culture est . . . un élément de prise de conscience extrêmement sérieux et efficace; cela nous aidera à nous décomplexer*«. Zum spezifisch schwarzafrikanischen Demokratieverständnis s. u. a. J. K. Nyerere »*The African and Democracy*«, S. 103–106 in J. K. Nyerere »*Freedom and Unity*« (London u. a.), 1967 und M. Gatsha Buthelezi »*In this approaching hour of crisis / A message to South Africa from Black South Africa*« in *pro veritate* (Braamfontein) vol. 14, Nr. 9 (1976.3), S. 2–5.

Schulen herausgestellt:

- a) Integrationisten,
- b) Verfechter einer radikalen Teilung und
- c) Verfechter eines Systems des *sharing of power* (Modell Libanon).

Zu ergänzen bleibt, daß die Mehrzahl der sich zu Wort meldenden weißen Afrikaner davon ausgeht, daß zunächst die geographisch und ökonomisch konsolidierten Heimatländer in die staatliche Unabhängigkeit zu entlassen sind, die unter a) und c) aufgeführten Vorstellungen also dann nur noch in dem verbliebenen Teil der Republik Südafrika zu realisieren sein werden.

Zu a) Hier wird, ganz von ökonomischen Gesichtspunkten ausgehend, der Übernahme des an westlich-demokratischen Werten orientierten, auf eine graduelle Integration zielenden Programms der *Progressive Reform Party* und zum anderen der Kopierung des (wohl nicht sonderlich erfolgreichen) »*Brasilianischen Modells*« das Wort geredet. Letzteres erscheint u. a. angesichts der so grundverschiedenen historischen Entwicklung Brasiliens und Südafrikas als schlicht unsinnig.<sup>13)</sup> Das erstere wird am Fehlen des oben bereits erwähnten gemeinsamen Nenners scheitern.

Zu b) Einzige Alternative zu einer multirassischen Gesellschaft, die in Südafrika nicht zu verwirklichen ist, argumentiert ein seit Soweto schnell wachsender Kreis liberaler Weißafrikaner, ist die radikale Teilung des Landes im Verhältnis von ca. 70 v. H. zu 30 v. H. des Bruttosozialproduktes, der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der Bodenschätze etc. in einen schwarz- und einen weiß/braun-afrikanischen Staat<sup>14)</sup>; der letztere ist in das westliche Verteidigungsbündnis einzugliedern. G. M. E. Leistner greift diese Vorstellung mit der Einschränkung auf, das industrielle Zentrum Südafrikas, den Witwatersrand, zu einem schwarz-weiß-braunafrikanischen Kondominium zu machen<sup>15)</sup>.

---

13) Das übersieht Hans K. Herdt »*Brasilien und Südafrika am Länderisiko gemessen*« in *Börsen-Zeitung* (Frankfurt), Jahresschluß-Ausgabe 1976.

14) Dazu sehr ausführlich (incl. Landkarten) Jürgen Blenck/Klaus Frhr. von der Ropp »*Republik Südafrika: Teilung oder Ausweg?*« in *AUSSEN-POLITIK* (Stuttgart) vol. 27, Nr. 3 (1976.7), S. 308–324. S. ferner Klaus Natorp in *FAZ* vom 11. März 1976, S. 1 »*Wie weiter in Südafrika?*« und Marion Gräfin Dönhoff in *Die Zeit* vom 20. August 1976, S. 1 »*Arme Schwarze – Arme Weiße*«.

15) G. M. E. Leistner »*The economic structure of tomorrow's Southern Africa*«, S. 131–137 in *Foreign Affairs Association / D. S. Prinsloo* (Hrsg.) »*Transkei / Birth of a State*«, Pretoria, 1976.

Zu c) Zwischen a), das unpraktikabel ist, und b), das, da ökonomisch wider alle Vernunft und von der Umsiedlung von etwa 5 Mio. Menschen begleitet, gleichfalls unpraktikabel ist, sucht eine dritte Auffassung zu vermitteln. Sie spricht von einer Föderation *sui generis*, einem System des »*sharing of power*«<sup>16)</sup>. Es hat den Anschein, als sei es den afrikaansen Anhängern dieser Schule nicht gelungen, ihre Vorstellungen theoretisch zu untermauern. In der BR Deutschland haben Theodor Hanf und Heribert Weiland vom Freiburger Arnold-Bergstraesser-Institut im Rahmen der in Anmerkung 1) dieses Beitrages angeführten Studie in bislang nicht veröffentlichten Arbeiten darüber in Anlehnung an G. Lehnbruchs Lehre von der Konkordanz-Demokratie und die Arbeiten A. Lijpharts und K. McRaes zur Konsozional-Demokratie hervorragend gearbeitet. Ihre Vorstellungen sind auch bei weißen Südafrikanern positiv aufgenommen worden, ohne daß dies bislang belegt werden kann. Eines der wichtigeren Vorbilder ist hier der libanesische »*pacte national*« aus dem Jahre 1943.

Hält man sich das Schicksal dieses Paktes, die in Südafrika rein zahlenmäßig viel größeren Unterschiede in der Stärke der einzelnen Bevölkerungsgruppen, den Haß, die Bitterkeit, die wechselseitige Furcht, die in Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten gewachsen sind, vor Augen, so drängen sich auch hinsichtlich Realisierbarkeit des Lösungsmodells c) sehr große Zweifel auf.

Derzeit nicht zu beurteilen ist, welche Reaktionen die geschilderten Kompromißvorschläge bei der Masse der schwarzen Afrikaner auslösen<sup>17)</sup>. Fest steht hingegen, daß die Kompromißbereitschaft der schwarzen Südafrikaner nach den Unruhen von 1976 und der brutalen Antwort der weißen Polizei auf ein Minimum geschrumpft ist. So fällt es sehr schwer, überhaupt noch an die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs zu glauben. Sollte es aber tatsächlich zu längeren kriegesischen Auseinandersetzungen in Südafrika kommen, so wird wohl nur in dem Vorschlag einer radikalen Teilung des Landes ein Ausweg gesehen werden können. Das ändert nichts daran, daß einem *modus vivendi* nach Art des Lösungsvorschlages c) aus einer Vielzahl von Gründen der Vorzug zu geben wäre.

---

16) So auch Raymond Low, der Herausgeber der liberalen Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 25. Januar 1977, S. 11 »*How Apartheid has failed*« und vom 26. Januar 1977, S. 13 »*Share power and save South Africa*«.

17) S. allerdings das deutlich auf Mäßigung abzielende Interview Hennie Serfonteins mit dem im Exil lebenden, zumindest früher im ANC eine führende Rolle bekleidenden Joe Matthews in Sunday Times (Johannesburg) vom 18. April 1976, S. 15.